بمناسبة عيد إتحاد ألمانيا

إقتحام سور برلين



معهد جوته
القاهرة/الأسكندرية

GOETHE INSTITUT KAIRO/ALEXANDRIA

Von der Überwindung der Mauer



Zum 3. Oktober

إقتحام سور برلين

محاضرة بمناسبة
عيد إتحاد ألمانيا

يلقيها : أوليفار كلوس (لايبزيج)

لقد كان الأستاذ كلوس عضواً فى « اللجنة الجديدة » وعاصر وساهم فى التغيرات التى قادت الى نهاية جمهورية ألمانيا الديمقراطية والى أعادة اتحاد جمهورية ألمانيا . ويلحق ذلك مناقشة حول تلك المواضيع مع الحاضرين .

(باللغة الألمانية مع ترجمة باللغة العربية)

بالقاهرة

الثلاثاء ٢ / ١٠ / ٢٠٠١

الساعة السابعة

معهد جوته ، ٥ شارع البستان

بالأسكندرية

الخميس ٤ / ١٠ / ٢٠٠١

الساعة الثامنة

معهد جوته ، ١٠ شارع البطالسة - الأزاريطة

Von der Überwindung der Mauer

Oliver Kloss

Vortrag am Goethe-Institut
zum deutschen Nationalfeiertag

Alexandria – 4. Oktober
◆
Cairo – 9. Oktober 2001

VON DER ÜBERWINDUNG DER MAUER

OLIVER KLOSS

VORTRAG AM GOETHE-INSTITUT
ZUM DEUTSCHEN NATIONALFEIERTAG

ALEXANDRIA – 4. OKTOBER
◆
CAIRO – 9. OKTOBER 2001

„In manchen Ländern hat man angestrebt, daß es einem Bürger nicht gestattet ist, die Gegend, in der er zufällig geboren ist, zu verlassen. Der Sinn dieses Gesetzes liegt auf der Hand: ‚Dieses Land ist so schlecht und wird so schlecht regiert, daß wir jedem verbieten, es zu verlassen, weil es sonst die ganze Bevölkerung verlassen würde'."[1]

Voltaire

1. Die Überwindung des Kommunismus – weder Wunder noch Zufall

Über das Ende der DDR ist in den Jahren seit 1989 viel geschrieben worden, wodurch auch Beurteilungen vorliegen, die jeglichen Erkenntniswert vermissen lassen. Zwei Beispiele mögen genügen. Der Historiker Francois Hartog bekannte: *„Für mich aber steht das Jahr 1989 vor allem im Zeichen der Unvorhersehbarkeit: der Unvorhersehbarkeit der Ereignisse selbst und der durch sie eröffneten Zukunft, ja selbst der Vergangenheit, die durch sie ihren*

[1] Voltaire: Abbé Beichtkind Cartesianer. Philosophisches Wörterbuch, Art. „Gleichheit", Leipzig 1984, S. 173.

Abschluss findet."[2] Der Soziologe Karl–Dieter Opp wertete in mehreren Werken[3] seine mündlichen Befragung von 1.300 Bürgern der Stadt Leipzig, die kurz vor der Jahreswende 1990 durchgeführt wurde, aus, doch der empirische Aufwand zeitigte ein dürftiges Ergebnis. Demnach seien die Demonstrationen im Oktober 1989 spontan entstanden, also fast dem Zufall zu danken.

Die These der Unvorhersehbarkeit läßt sich einfach widerlegen. Zum Beispiel bemerkte der Politikwissenschaftler Hartmut Elsenhans bereits 1981 in dem politökonomischen Werk *„State, Class and Development",* der Sozialismus müsse infolge der notwendig zunehmenden *„Ausbeutung durch Ineffizienz"*[4] scheitern. Der ägyptische Zukunftsforscher Ragy Enayat prognostizierte im April 1989 bereits die baldige Einheit Deutschlands.

Der Frage nach dem Zufall möchte ich in den folgenden Ausführungen nachgehen. Ich wurde gebeten, meinen Lebensweg als Zeitzeuge und Akteur der politischen Ereignisse einfließen zu lassen.

Als nach dem Mauerbau Geborener vernahm ich nur aus den Erzählungen der Älteren die Kunde aus einer Zeit, da ein Entkommen noch unschwer möglich gewesen sei. Meine Mutter, die einst bei der Stadtverwaltung Bautzens gearbeitet hatte und dort u. a. an der Erfassung des Nachlasses der Geflohenen mitwirken mußte, erzählte bisweilen nachdenklich die Geschichte von einem bekannten Augenarzt. Er hatte in der verlassenen Wohnung einen mit Torte gedeckten Tisch hinterlassen, den ein Schild mit der Aufschrift zierte: „Wer kurzsichtig ist, der bleibe hier, wer weitsichtig ist, der folge mir!"

Zur Zeit der Niederschlagung des Prager Frühlings war ich noch ein Kleinkind. Nach der Schule begann ich ein Studium am „Institut für Lehrerbildung" in Löbau. Man lehrte mich dort, wie Kinder bereits in der Unterstufe dergestalt emotional zu manipulieren seien, damit die Gefahr des späteren rationalen Widerspruchs gering gehalten werden könne.

Jedem Fach entsprach in der Ausbildung noch ein Methodikfach, das sich nur der Nutzung politisch–ideologischer Potenzen des jeweiligen Fachgebietes verschrieb. So sollten zum Beispiel 70 Prozent der Textaufgaben im Mathematikunterricht anhand aktuell-politischer Themen gestaltet werden.

---

[2] Francois Hartog: Ende und Neubeginn. In: UNESCO KURIER, Nr. 5, 1994, 35. Jg., S. 5.

[3] Z. B.: Karl–Dieter Opp/ Peter Voß/ Christiane Gern: Die volkseigene Revolution. Klett–Cotta, Stuttgart 1993.

[4] Vgl. Hartmut Elsenhans: Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt. Frankfurt a. M./ New York 1981, S. 90, Anm. 89; oder ders.:

Ich begriff, daß der Trick der marxistisch–leninistischer Ideologie darin besteht, die Ideologie dergestalt mit Naturwissenschaften, Mathematik etc. zu verweben, damit den Indoktrinierten das Unterscheidungsvermögen zwischen Ideologie und Wissenschaft beiden abhanden kommen möge. Wenn eine These erst den Rang der Selbstverständlichkeit erstiegen hat, erlahmt zumeist der Zweifel. Das ist nicht gut, doch gut zu wissen.

Bald wurde ich, noch 17-jährig, von der Staatssicherheit angeworben. Meiner anfänglichen verängstigten Vorsicht folgte im Maße meiner Weigerung die Drohung, man habe Mittel und Wege, mich aus dem Studium zu entfernen. Für gute Mitarbeit hingegen zeige sich die Staatssicherheit mit einem sehr guten Abschlusse erkenntlich, wie schlecht meine Leistungen auch seien mögen, denn in den Prüfungen sei mindestens ein Beisitzer von der Staatssicherheit und dessen Urteil wage sich kein Dozent zu widersetzen. So wurden mir auch gute Leistungen unbedarfter Mitstudenten verständlich. Ich wurde erwartungsgemäß im zweiten Jahr exmatrikuliert. Ich sollte mich *„in der Produktion bewähren”*, wollte ich mich der Gnade staatlicher Bildung wieder würdig erweisen. Tiefer als in die vermeintlich *„herrschende Klasse”* konnte im Sozialismus keiner fallen.

Fortan lebte ich zumindest in der Zuversicht, dieses System müsse an schleichender Verblödung untergehen, wenn aller Aufstieg nur auf Fanatismus oder mindestens willfähriger Konformität beruht.

2. Die DDR als „Staat des Friedens“ und die staatskritische Friedensbewegung

Nach Dresden zurückgekehrt, sann ich mit Freunden darüber nach, wie sich ein ordnungspolitisches Experiment mit dem Staat veranstalten ließe. Annett Ebischbach (alias Johanna, eine ebenfalls von einem „Instituts für Lehrerbildung“ exmatrikulierte Studentin), Torsten Schenk und ich riefen anonym zu einer illegalen Versammlung an der Ruine der Frauenkirche in Dresden zum 13. Februar 1982 auf, die das eigentlich unverfängliche Thema „Frieden“ sowie das Gedenken der Zerstörung Dresdens vom Ende des Zweiten Weltkrieges zum Inhalt haben sollte. Das Recht der Versammlungsfreiheit existierte in der DDR nicht, also war für jeden die Provokation des Staates offensichtlich.

State, Class and Development. New Delhi/ London 1996, S. 144, Anm. 90.

Mittel zur Verbreitung des Flugblattes war die Methode des Kettenbriefes, eines Textes mit der Aufforderung, ihn zu vervielfältigen und weiterzugeben. Elke Schanz, sie absolvierte ihre Lehre in der Zeitungsdruckerei Dresdens, gewann sogar den Mut, den Text in den Pausen heimlich in enormer Auflage zu drucken.

Schnell fand der Text DDR-weit Verbreitung. Verhöre folgten und die Drohung der Verurteilung wegen Rädelsführung mit bis zu 8 Jahren Gefängnis. Letztlich wurde die Intention von der Kirche integriert und allein in der Kreuzkirche fanden sich über 5.000 vornehmlich jugendliche Teilnehmer zum „Friedens-Forum“ ein. Dies, obwohl alle Zufahrtsstraßen Dresdens kontrolliert wurden und auch aus Zügen viele zur Rückfahrt gezwungen worden waren. Im mdr wurde diese Veranstaltung einmal als das bedeutendste Ereignis seit 1953 gewürdigt.

Der Erklärung bedarf,

(1.) welche Bedingungen sich in der Lebenswelt verändert hatten, daß die heranwachsende Generation derart empfänglich für subversive Aktionen geworden war und

(2.) weshalb das harmlos scheinende Thema Frieden derart mobilisierend wirken konnte.

1. Der Lebensstil Jugendlicher war ungebundener geworden. Mit propagandistischem Aufwand war in der DDR das „Bürgerliche Gesetzbuch“ abgeschafft worden, somit auch das „ewige Wohnrecht bei den Eltern“. Zunehmend wurde diese Lücke im Recht genutzt. Kluge Jugendliche besetzten Wohnungen in alten Häusern und ließen sich von den Eltern eine Bescheinigung ausstellen, worin diese sich den Rückzug verbaten. Da es keine Obdachlosen geben durfte, blieben die Besetzer zumeist in den Wohnungen oder mußten eine Ausweichwohnung zugewiesen bekommen. Jugendliche erfuhren also Erfolgserlebnisse durch illegale Aktionen. Natürlich hatte die Hausbesetzerbewegung Westberlins dabei Vorbildcharakter. Seit 1972 waren die Jugendlichen auch in den Genuß einer Errungenschaft der westdeutschen Studentenbewegung gelangt: Nachdem die Staatssicherheit der DDR die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag erkundet hatte, war seitens der DDR-Regierung in „vorauseilender Nachahmung“ das Gesetz zum legalen Schwangerschaftsabbruch verabschiedet worden. In der Bundesrepublik wurde das Gesetz vom Bundesverfassungsgericht zurückgenommen. So blieb der westdeutschen Studentenbewegung ein Erfolg versagt, der in der DDR fortbestand.

2. Das Thema Frieden erlangte nicht nur Bedeutung angesichts der Friedensbewegung im Westen, sondern auch infolge der beängstigenden inneren Militarisierung der DDR bei gleichzeitig zunehmender Propaganda vom „Friedensstaat DDR“. Das Fach „Wehrerziehung“ war auf den Lehrplan der allgemeinbildenden Schulen gehoben worden. In den Monaten vor und nach der Einführung zum 1. September 1978 kam es im vor dem Staate geschützten Raum der Kirchen zu vielfältigen Protesten. Die Staatssicherheit registrierte insgesamt 2.500 Protestschreiben an staatliche Stellen gegen diesen Unterricht. Die erste Bürgerrechtsbewegung entstand. Auch die Kirchenleitungen waren von der Breite des Protestes überrascht, da sich auch Eltern, die der Kirche fernstanden, besorgt an sie wandten. Das Lehrbuch für Wehrunterricht war in seiner Glorifizierung des Heldenmutes so grob indoktrinär und in seinen Empfehlungen – zum Beispiel hat es für den Fall des Atomschlages geraten, den Filzhut vor das Gesicht zu pressen – so naiv-dumm, daß die Schüler es nicht einmal mit nach Hause nehmen durften.

Aus dieser ersten Bürgerrechtsbewegung sind viele Akteure hervorgegangen, deren Engagement oft bis zur Revolution 1989 reichte.

In Dresden wurden in den Jahren nach 1982 überdurchschnittlich viele Ausreiseanträge bewilligt. Auf diese Weise hoffte das Regime den Unruheherd Dresden zu ventilieren. Dennoch blieb Dresden 1989 die zweitwichtigste Stadt.

Der 13. Februar war in dieser Stadt zur Institution geworden und wurde fortan alljährlich mit Veranstaltungen begangen.

Ich ging zum Studium an die größte der drei nicht-staatlichen evangelischen Hochschulen der DDR, an das „Theologische Seminar Leipzig“.

Während seitens einiger Repräsentanten von Kirchenleitungen vergeblich versucht wurde, die staatskritische Friedensbewegung in die Sackgasse plumpen Kitsches zu führen – erinnert sei lediglich an den Slogan *„Erst Frieden im Kleinen, dann Frieden im Großen.“* – verlor ein anderer Bereich der Staatsideologie zunehmend an Glaubwürdigkeit: Die zentrale Rechtfertigung des Marxismus-Leninismus bestand in der Behauptung, die Arbeiterklasse werde im Kapitalismus ausgebeutet, während sie im Sozialismus die herrschende Klasse sei.

3. Die DDR als „Staat der Arbeiter“ angesichts des Wohlfahrtsstaates Bundesrepublik Deutschland

Empirisch war die marxistische Theorie von der zunehmenden Verelendung der Arbeiter im Kapitalismus schon von Eduard Bernstein 1890 widerlegt worden und seither blieb die Frage nach der Notwendigkeit des Sozialismus in der Arbeiterbewegung virulent.[5] Der marxistische Anspruch objektiver ökonomischer Prognostik mit dem *„Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate”*[6] und damit die Notwendigkeit der Revolution waren schon lange vor der Oktoberrevolution in Zweifel geraten.

Die Russische Oktoberrevolution stellte nur die Abschaffung des Kapitalismus samt seiner Errungenschaften, des „divide et impera” von „unten”, der Nutzung des Marktes als Instrument zur Kontrolle der Privilegierten dar: *„Konkurrenz im Kapitalismus hat als Konsequenz, daß die Privilegierten Mehrprodukt nur in dem Umfang aneignen können, wie insgesamt Nettoinvestitionen für das Wachstum der Produktivkräfte vorgenommen werden, und dabei als je einzelne Kapitalisten in Bezug auf die Effizienz der Technologien und die Akzeptanz der Produkte am Markt kontrolliert werden.”*[7]

Durch die geschwächte westliche Arbeiterbewegung *„konnten die objektiven Möglichkeiten zum Ausbau des Wohlfahrtsstaats und zur Steigerung der Realeinkommen in der Folge der sehr hohen Produktivitätssteigerungen der zwanziger Jahre nicht genutzt werden. Die Folge war eine unterkonsumtive Krise, die von den Vereinigten Staaten ihren Ausgang nahm, und die Überlebensfähigkeit des Kapitalismus in Frage zu stellen schien.”*[8]

Das Modell eines Arbeitslagers genügt weithin zum Verständnis des Realsozialismus. Wie im antiken Sparta die Freilassung der Heloten der Willkür des Staates oblag, so galt auch der Bürger in der DDR als entrechtetes Staatseigentum. Arbeitsfähige wurden beim Fluchtversuch erschossen; bereits die Vorbereitung einer *„Republikflucht”* war strafbar.

---

[5] Vgl. Henryk Grossmann: Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz. - Dieser erste Band der Schriften des *Frankfurter Instituts für Sozialforschung* beginnt mit einer Analyse der zu diesem Problem vorliegenden Literatur.

[6] Vgl. Hartmut Elsenhans: Lohnerhöhungen. Wachstumschance für den Kapitalismus. Eine Kritik am Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate. In Forum DS. Zeitschrift für Theorie und Praxis des demokratischen Sozialismus 1, 2 (1976), S. 123 - 125.

[7] Hartmut Elsenhans: Kapitalismus und Massenkonsum - Eine Kritik der Marxschen politischen Ökonomie, in: Comparativ 2 (1992), S. 7–29, S. 20; ebenda, S. 21: *„Der Verzicht auf Konkurrenz zur Kontrolle der Privilegierten führt im realen Sozialismus zu den von Marx beschriebenen Tendenzen der Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals (hoher Fixkapitaleinsatz im Verhältnis zur Arbeit, höhere Steigerung des Fixkapitaleinsatzes als der Produktion) und erforderte für die Aufrechterhaltung der Akkumulationsrate des Kapitals - wie von Marx vorhergesehen - verschärfte Ausbeutung.”*

[8] Ebenda, S 20.

Im Unterschied zur despotischen Sklaverei, die den Verschleiß an Menschenleben angesichts kostengünstigen Nachschubs effektiv einkalkuliert, kam der sozialistische Staat aus Eigeninteresse nicht umhin, die Reproduktion der Produzenten durch sogenannte Sozialmaßnahmen zu fördern,[9] – zumal wenn viele Menschen Berufsverbote und Repressionen nicht scheuten, um den Staat noch vor der Altersrente verlassen zu können. Die Bildungsinstitutionen sorgten als Selektionsinstanz für den Nachwuchs der Funktionselite der Staatsklasse. Nur wer nicht mehr als arbeitsfähig galt, nicht mehr in der Arbeitspflicht verwertbar war, durfte problemlos das Land verlassen, da Invaliden und Altersrentner als staatliche Leibeigene überaus unrentabel sind.

Das *„Recht auf Arbeit"* galt in der DDR als *„ehrenvolle Pflicht",* die *„immer mehr zu einem inneren Bedürfnis"*[10] werde. Der § 34 des Strafgesetzbuches ermöglichte die Arbeitsplatzbindung zur Bewährung im Kollektiv. Der § 249 ahndete *„asoziales Verhalten".* Wer sich *„einer geregelten Arbeit entzieht, obwohl er arbeitsfähig ist",* konnte mit bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe in der Verurteilung rechnen.[11]

1982 lernte ich in einem Leipziger Café ein lebensfrohes älteres Paar kennen. Sie vertrauten mir beim Weine an, einen Ausreiseantrag gestellt zu haben. Auf meine Frage nach der Motivation antworteten sie lachend und beeindruckend bündig: *„Wir sind Arbeiter und haben hier nichts zu verlieren. Marx hatte zumindest recht, daß wir nur unsere Arbeitskraft verkaufen können. Also wollen wir dort hin, wo wir mehr dafür bekommen."*

Propagandafilme, wie schlecht es den Arbeitslosen im Westen ergehe, verfehlten ihr Ziel ganz und gar, wenn diese Arbeitslosen zum Interview mit dem Auto vorfuhren, während ein Arbeiter in der DDR mit seinem personengebundenen Bezugsschein auf ein Auto bis zu zehn Jahren warten mußte. (Alle hatten daher solche Anträge, selbst altersschwache Greise wurden von der Familie zur Antragsstelle gefahren, die hoffte, sie werden das Auto nach erleben.)

Was nutzt es dem Arbeiter, wenn er in der Betriebszeitung liest, er gehöre im Sozialismus der herrschenden Klasse an, während er daheim aus westlichen Radiosendern vernimmt, daß die Arbeiter im Westen sechs Wochen Urlaub errungen

---

[9] Bei Ehepaaren galt die Arbeitspflicht nur für jeweils eine Person.

[10] Frithjof Kunz u. a. (Autorenkollektiv): Lexikon des Arbeitsrechts der DDR, Berlin 1972, S. 282.

[11] Ab Mitte der achtziger Jahre konnte der berüchtigte Asozialitätsparagraph nicht mehr angewandt, Verurteilungen wegen Verletzung der Arbeitspflicht mußten nicht mehr gefürchtet werden. Schließungen einzelner Betriebe im Raum Berlin hatten zeitweilig unfreiwillige Arbeitslose zur Folge, wodurch die generelle Anwendung des Gesetzes unmöglich geworden war. So wurde Ende der achtziger Jahre möglich, daß eine Leipziger Bürger- und Menschenrechtsgruppe, der *"Arbeitskreis Gerechtigkeit",* selbst Mitarbeiter anstellen und bezahlen konnte.

haben und um die 35-Stunden-Woche kämpfen. Noch war die Ideologie des sogenannten Neoliberalismus in den Medien nicht zur Hegemonie gelangt.

Hartmut Elsenhans analysierte die *„Abhängigkeit der Entfaltung der inneren Widersprüche der Planwirtschaft von der konjunkturellen Entwicklung des Kapitalismus"*[12]: *„Es gab Phasen, in denen der ‚reale Sozialismus', die Planwirtschaft, wirtschaftlich überlegen schien, aber nur deshalb, weil im real existierenden Kapitalismus die ‚Kapital'-Interessen zu stark geworden waren. Die inneren Widersprüche des realen Sozialismus mußten sich entfalten, wann immer im Kapitalismus Arbeit mächtig genug wurde, und über die Expansion ihrer Einkommen im Verhältnis zur geleisteten Arbeitszeit, also über Reallohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzung, für Wachstum sorgte."*[13]

Anfang der achtziger Jahre sei die Situation erreicht: *„Um der sinkenden Kapitalproduktivität entgegenzuwirken, wurde Technologie importiert. Man übersah dabei, daß der Kapitalismus nicht primär wegen seines technischen Wissens, sondern wegen der den ‚Privilegierten' aufgezwungenen Marktkonkurrenz knappe finanzielle Ressourcen (Kapital) kostengünstiger einsetzte, und dies, solange Arbeit stark genug war, um hohe Masseneinkommen durchzusetzen. Im planwirtschaftlichen System stoppten die Wachstumsprozesse ab, weil Akkumulation trotz stagnierenden Konsums nicht mehr finanzierbar war, während die Öffnung gegenüber dem Weltmarkt zum Zweck des Technologieimports zur Verschuldung führte."*[14] Die im Sozialismus als Überlegenheit gelobten hohen Kapitalkoeffizienten und Investitionsquoten gerieten angesichts kapitalistischen wohlfahrtsstaatlichen Wachstums zum Ausdruck von *„Ausbeutung durch Ineffizienz"*[15].

---

[12] Vgl. Hartmut Elsenhans: Aufstieg und Niedergang des realen Sozialismus. Einige politökonomische Anmerkungen. In: Comparativ. Heft 1 (1998), S. 122 - 132.

[13] Ebenda, S. 122.

[14] Ebenda, S. 130.

[15] Vgl. Hartmut Elsenhans: Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt. Frankfurt a. M./ New York 1981, S. 90, Anm. 89; oder ders.: State, Class and Development. New Delhi/ London 1996, S. 144, Anm. 90.

4. Die subversiven Gruppen der Bürgerrechtsbewegung und die Überwindung der DDR

Ein Staat, der seine Legitimation allein auf Glauben gründet, vermag das Legitimationsdefizit nur durch umfassende Kontrollmaßnahmen zu kompensieren. In Ermangelung demokratischer Öffentlichkeit fällt allein dem Geheimdienst die Aufgabe zu, das Feedback der Regulationen der Regierung verläßlich zu erkunden, will sie organisiertem Widerstand frühzeitig entgegenwirken.

Die subversiven Gruppen konnten daher mindestens davon ausgehen, daß ihre Aktivitäten – wie gering ihre aufklärerische und zu Widerstand ermutigende Breitenwirkung in den Anfängen auch gewesen sein mochte – zur Steigerung der Kontrollkosten des Staates beitragen mußten, somit auch den wirtschaftlichen Niedergang befördern konnten.

Wie despotische Sklaverei sich theoretisch nicht mehr lohnte, wenn den Sklaven gelänge sich zu organisieren und deshalb die Zahl der Aufseher permanent gesteigert werden müßte, so war die Hoffnung in der DDR nicht unberechtigt, daß mit jeder staatskritischen Aktivität der Sicherheitsapparat zur Erweiterung stimuliert werde. So war die permanente Erweiterung des Sicherheitsapparates zugleich Ausdruck des antiliberalen Charakters des Systems wie auch ein Erfolg der subversiven Gruppen.

Mit der Steigerung der Kontrollkosten war das zunehmende Unbehagen der kontrollierten Mehrheit zu erwarten, wenngleich der Zeitpunkt gelingender Befreiung ungewiß blieb.

Gemeinsam mit Pfarrer Christoph Wonneberger, Steffen Gresch, Beate Schade, Andrea Stefan und einem weiteren Mitglied gründeten wir 1986 in Leipzig die „Arbeitsgruppe Menschenrechte“. Veranstaltungen zu Menschenrechten wie Meinungs- und Informationsfreiheit sowie Wehrdienstverweigerung folgten und so gewannen wir bald neue Mitglieder hinzu, z. B. Frank Richter, Christoph Motzer und Kathrin Walther.

1987 gründete sich der „Arbeitskreis Gerechtigkeit“ mit Thomas Rudolph, Rainer Müller, Frank Wolfgang Sonntag, Bernd Oehler u. a. Bis 1989 erreichten die Gruppen eine Stärke von mindestens 350 Personen. Es wurden Zeitschriften wie Varia, Fußnote, Die Mücke oder Forum für Kirche und Menschenrechte illegal gedruckt und vertrieben. Der „Arbeitskreis Gerechtigkeit“ hatte den „Sonnabendskreis“ organisiert, ein regelmäßiges Treffen der subversiven Menschenrechts- und Umweltgruppen nicht nur aus dem Süden der DDR. Kontakte zur Charta 77 wurden gepflegt und Texte übersetzt.

Die UNO-Menschenrechtserklärung und die KSZE-Dokumente wurden im Sinne der legalistischen Subversion, wie sie einst schon Immanuel Kant vorschlug, genutzt. Jene Rechte, welche die DDR nach außen als den Bürgern gewährt vorgab, konnten im Innern verbreitet und eingefordert werden, um Delegitimation des Staates zu bewirken.

Das Auftreten Gorbatschows hatten wir anfangs mit tiefer Skepsis als bloße Reaktion auf die Politik der USA registriert, doch bald erwies es sich als desaströs für die Staatspartei SED. Bisher war die DDR-Regierung von der Bevölkerung stets als das Marionettenregime der UdSSR aufgefaßt worden, doch nun fiel ihre Politik nur auf sie selbst zurück. Indem die DDR-Regierung auf Distanz zur Sowjetunion ging, den rumänischen Conducator Ceausescu mit der höchsten Auszeichnung, dem Marx-Engels-Orden, ehrte, sich im Juni 1989 entschlossen auf die Seite der Regierung Chinas nach dem Massaker gegen die Studenten stellte, verloren sogar viele Genossen den Glauben. Die einst stets wiederholte alte Losung *„Von der Sowjetunion lernen, heißt Siegen lernen!“*, gewann ironischen Klang.

Von den Gruppen „Arbeitskreis Gerechtigkeit“, „Arbeitsgruppe Menschenrechte“ und „Arbeitsgruppe Umweltschutz“ ging der Aufruf zur Gewaltlosigkeit für den 9. Oktober 1989 in Leipzig aus, der auch den, wenngleich in anderem Zusammenhang geprägten Satz: *„Wir sind ein Volk!“* enthielt.

Bisweilen kommt in der Literatur Verwunderung angesichts der Gewaltlosigkeit seitens der Demonstranten auf, doch ohne Waffen läßt sich der Gegner nun einmal nicht frontal angreifen, sondern nur durch Gewaltlosigkeit noch stärker als ohnehin ins Unrecht setzen.

Vom 4. bis zum 7. Oktober, dem Gründungsfeiertag der DDR, war übrigens das Vorgehen mit Militäreinheiten gegen Demonstranten überaus gewaltsam. Seitens der Staatsfunktionäre herrschte aber – wie wir heute wissen – angesichts der Massendemonstration vom 9. Oktober in Leipzig die Angst gelyncht zu werden, sobald sie Panzer zum Einsatz brächten.

Auch die Frage, weshalb Leipzig zum Ausgangsort der Revolution geworden ist und nicht etwa Ost-Berlin, die Hauptstadt, wird bisweilen in der Literatur aufgeworfen, wozu ich hier einige Thesen vorstellen möchte:

1. In der zentralistischen DDR wohnte der höchste Anteil der Funktionäre der Staatsklasse in Berlin, was sich bis heute in PDS-Wähler-Quoten niederschlägt. Die besseren Lebensverhältnisse in Berlin wurden stets damit gerechtfertigt, Berlin sei das *„Schaufenster des Sozialismus“* für West-Berlin und den Westen überhaupt. Ein üblicher Arbeiter-Witz lautete: *„Wie wir heute arbeiten, werden die Berliner morgen leben.“*

2. Die Mitglieder subversiver Gruppen Berlins waren zu einem nicht unerheblichen Teil reformsozialistisch im ehrlichen und nicht nur im taktischen Sinne orientiert. Ausreiseantragstellern wurde moralisierend unterstellt, sie wollten durch Engagement nur ihrer Ausreise Vorschub leisten, jedoch nichts in der DDR verändern. Auf diese Weise wurde der Zulauf derjenigen verhindert, für die sich das Thema Sozialismus schon erledigt hatte.

Soviel zur Situation in Berlin, doch welche Vorzüge bot Leipzig?

1. Leipzig war die zweitgrößte Stadt der DDR und wies eine sehr miserable Bausubstanz auf.
2. Das Theologische Seminar Leipzig stellte als eine der drei nicht-staatlichen Hochschulen einen Konzentrationspunkt subversiver Personen dar. Sehr viele der Akteure von 1989 waren, wenn nicht Studenten, so wenigstens zeitweilig Gasthörer oder Bibliotheksnutzer gewesen. Die Bibliothek bot auch westliche Literatur, die sonst in öffentlichen Bibliotheken als Sperrliteratur unzugänglich blieb oder sich gar nicht im Bestand befand. Die Ausbildung orientierte sich an westlichen Maßstäben. Manche unter den Studentinnen und Studenten meinten, sie fühlten sich im Theologischen Seminar wie auf geistig-exterritorialem Gebiet.
3. Die Leipziger Messe bot den subversiven Gruppen die Möglichkeit unter der schützenden Präsenz westlicher Journalisten Veranstaltungen zu politischen Themen durchzuführen sowie Kontakte aufzubauen.
4. Ausreiseantragsteller wurden in der subversiven Szene Leipzigs als ein Potential erkannt, das risikobereit war und nichts mehr als seine Ketten zu verlieren hatte. Das Menschenrecht auf Freizügigkeit wurde thematisiert. Ausreisewilligen wurden Informationen geboten, wie sie ihren Antrag stellen konnten.
5. Das Friedensgebet in der Nikolaikirche wurde 1986 unter Verantwortung von Pfarrer Christoph Wonneberger gestellt. An zentralem Ort wurde es jeden Montag wechselnd von den Leipziger Gruppen gestaltet und gegen den Widerstand von Staat und Kirchenleitung, so gegen die Vorbotsversuche von Superintendent Friedrich Magirius, als eine verläßliche staatskritische Institution behauptet. Diese zentrale regelmäßige Zusammenkunft kritischer Menschen konnte zum Ausgangspunkt der Leipziger Montagsdemonstrationen werden.

Seitens westlicher Parteien hat – mit Ausnahme einzelner Personen – der Widerstand im Osten wenig Unterstützung erfahren. Noch heute erklingen die Rufe nach Beendigung der Aufarbeitung außerhalb der PDS vornehmlich aus dem Westen.

Besondere pro-demokratische Verdienste kann sich gegenüber der DDR keine der westdeutschen Parteien zurechnen. Bundeskanzler Helmut Schmidts (SPD) Besuch in der DDR zur Zeit, da in Polen das Kriegsrecht ausgerufen wurde, blieb den Menschen in Erinnerung. Das SPD-SED-Diskussionspapier hat zwar in Kreisen der SED zu starker Verunsicherung geführt, wurde daher von Leipziger Gruppen auch vervielfältigt, jedoch hatte es – wie im Nachhinein deutlich wurde – seitens der SPD nicht einmal diese Intention.

Ohne den zinslosen Milliardenkredit, den Franz Joseph Strauß (CSU) vermittelt hatte, wäre die DDR-Regierung gewiss weniger souverän aufgetreten. Wirtschaftlich hatte sie ihn nicht einmal nötig. Den nächsten zinslosen Milliardenkredit hätte die DDR im Herbst 1989 erhalten, wäre nicht die Revolution zuvorgekommen. Das sollte erinnert werden, wenn es heute z. B. um die Chinapolitik der Bundesrepublik geht.

Zu den nicht zu überschätzenden politisch-humanitären Leistungen der Bundesrepublik gehören die Hilfe für Entkommene aus der DDR sowie der Freikauf politischer Häftlinge. Dadurch sank der Grenzschaden, der dem Einzelnen für Widerstand gegen den Staat drohte. Auch dies sollte in Erinnerung bleiben, wenn es heute zum Beispiel um das Asylrecht politisch Verfolgter geht.

سـيرة شـخصية

الاسـم	: أوليفر كلـوس Oliver Kloss
الميـلاد	: 1962 (مدينة زايتشين - باوتسين) - ألمانيا الديموقراطية .
حتّى 1980	: الدراسة حتّى المرحلة الثانوية (درسدن) .
1981	: أحد منظمي حركة " 13 فبراير 1982 "، في مدينة درسدن، و التي قدت خلال حملة خطابات إلى تنظيم أكبر لقاء في ألمانيا الديموقراطية، من أجل حركة السلام و حقوق الإنسان، و التي حظيت بردود فعل إيجابية واسعة (سجّلتها عدّة جهات وثائقية في ألمانيا) .
1984	: دراسة جامعية لعلوم الأديان و فلسفتها في ليبزيج، حتّى عام 1988 .
1985	: من مؤسّسي " مجموعة العمل لحقوق الإنسان "، و التي ساهمت كثيرا في قيام مظاهرات 1989، و هي المظاهرات التي لعبت دورا كبيرا في تحقيق الوحدة الألمانية، ممّا هو ثابت في عدّة أرشيفات وثائقية .
1986	: نشاط سياسي و فلسفي في عدّة مجالات، أهمّها المشاركة في مبادرة السلام و حقوق الإنسان، ذات العديد من النشاطات الإنسانية و الثقافية، من خلال إصداراتها الأدبية و الثقافية، و محاضراتها الدورية، و مساندتها للاجئين في ألمانيا . الأمر الذي تبلور في إنشاء حزب (نويز فورام Neues Forum)، الذي لعب دورا كبيرا في حركة الوحدة الألمانية .
1990	: رئيس منتخب على مستوى مقاطعة ساكسونيا في حركة " مبادرة السلام و حقوق الإنسان "، حتّى عام 1992 .
1994	: دراسة علوم الكمبيوتر للاستفادة منها في العمل الصحفي .
1995	: مدير مشروعات في " اتحاد الثقافات المتعدّدة "، بمدينة بيرناو-برلين، كمنسّق لتبادل ثقافات الشعوب، من خلال المحاضرات و النشاطات الفلسفية و التاريخية أجل مقاومة العنصرية، و تحقيق المزيد من التقارب بين الشعوب .(سنتان)
1996	: و حتّى اليوم، الدراسة في جامعة ليبزيج لتحضير ماجستير في الفلسفة و علم النفس و العلوم السياسية .
1997	: الاشتراك في " ورشة عمل نيتشه "، كمنحة من جمعية " فايمر كلاسيك " الفلسفية، برعاية الدكتور ريدجر شميت .
أكتوبر 2000	: الاشتراك مع وزارة الثقافة في ليبزيج إعداد وتنفيذ " أسبوع الثقافات المتعدّدة"
حاليـا	: المرحلة الأخيرة من كتابة رسالة الماجستير، بعد الانتهاء من جميع الاختبارات، بدرجة امتياز . و موضوع الرسالة هو " فلسفة فريدريش نيتشه و تأثيره على النظريات السياسية لبيتر شلوترديكس .

Oliver.Kloss@gmx.de